

Plurale Perspektiven auf die Postdemokratie

Dagmar Comtesse, Katrin Meyer*

*Dem Frankfurter Arbeitskreis für politische Philosophie
und Theorie zu seinem zehnjährigen Bestehen*

Schlüsselwörter: Demokratie, Postdemokratie, Gleichheit, Macht, Poststrukturalismus, Postmarxismus, Jacques Rancière, Wendy Brown

Abstract: Postdemokratie dient in der zeitgenössischen Debatte als kritisch-zeitdiagnostisches Konzept, um den gegenwärtigen Zustand westlicher Demokratien in seiner Verfallstendenz zu umreißen. Demokratie und Postdemokratie werden entsprechend als dichotomische Phänomene gefasst, deren Verhältnis jenem von Ideal und Wirklichkeit entspricht. Dagegen argumentieren die Verfasserinnen für ein Verständnis von Postdemokratie aus poststrukturalistischer und postmarxistischer Sicht, das dieses enger mit den systematischen Problemen des modernen Modells der liberalen, repräsentativen Demokratie in Verbindung bringt. Postdemokratie wird als Begriff für eine gegenwärtige Praxis gefasst, in der im Namen der Demokratie demokratische Auseinandersetzungen um eine egalitäre Teilhabe an der Macht verunmöglicht werden. Diese Begriffsbestimmung stützt sich einerseits auf Jacques Rancières Verständnis von Postdemokratie als ‚konsensueller Demokratie‘, das aufzeigt, inwiefern sich zeitgenössische Demokratien dem politischen Streit verschließen, und sie nimmt andererseits auf Wendy Browns Analysen zur ‚Genealogie‘ der modernen Demokratie Bezug, die deutlich machen, inwiefern die gegenwärtigen westlichen Demokratien ihre eigene Aushöhlung durch liberale Wissens- und Subjektivierungsmächte vorantreiben.

Abstract: In current debates the term post-democracy is used as a critical and diagnostic concept to describe the present disintegration of Western democracies. Accordingly, democracy and post-democracy are understood as dichotomised phenomena which relate to each other like an ideal and reality. In contrast to this use of the term of post-democracy the authors of this paper argue for post-structural and post-Marxist perspectives which connect post-democracy with the systematic problems of the liberal model of democracy. On this view, post-democracy comes to stand for a present practice which – in the name of democracy – makes democratic struggles for equal participation impossible. On the one hand, such an understanding of the term is supported by Jacques Rancière’s use of post-democracy as ‘consensual democracy’, which demonstrates how present democracies tend to exclude political conflicts. On the other hand, this understanding is in line with Wendy Brown’s analysis of the ‘genealogy’ of modern democracy, which highlights the undermining of present Western democracies by liberal powers of subjectivation.

Perspektiven eröffnen und verschließen ganze Phänomenbereiche oder auch nur Aspekte derselben. Poststrukturalistische Perspektiven zeichnen sich nun gerade dadurch aus, dass sie das Heterogene – besonders gerne das Heterogene im angenommenen Homogenen – hervorkehren und damit die Phänomenbereiche eher vervielfältigen als einschränken. Die Erweiterung des Phänomenbereichs ergibt sich zum einen aus dem Anti-Fundamentalis-

* Dagmar Comtesse, M.A., Universität Frankfurt. Kontakt: comtesse@em.uni-frankfurt.de
Dr. Katrin Meyer, Universität Basel. Kontakt: katrin.meyer@unibas.ch

mus, der Letztbegründungen und Wahrheitstheorien auflöst und damit Zusammenhänge und nicht Begründungen bietet. Zum anderen vervielfältigen sich die Phänomene durch den strukturalistischen Differenzgedanken, der Bedeutungen allein aus differenter Positionen gewinnt (vgl. Angermüller 2007). Von einer Gerichtetheit poststrukturalistischer Perspektiven kann allerdings nicht gesprochen werden. Eine wichtige Erweiterung erfahren sie darum durch die Hinzunahme postmarxistischer Ansätze, die Emanzipationsansprüche, Strategien, Materialität und historische Konstellationen sowohl epistemisch in ihre Perspektive einbauen als auch normativ fordern (vgl. Frankfurter Arbeitskreis für politische Theorie und Philosophie 2004: 13–28). Beide Perspektiven zusammen ermöglichen einen Gebrauch des Begriffs ‚Postdemokratie‘, der zu einer kritischen Analyse der liberalen Demokratie führt und damit weit über den politikwissenschaftlichen Gebrauch von Postdemokratie hinausreicht.

1992 prägte Jacques Rancière im Kontext einer Vorlesungsreihe erstmals den Begriff der Postdemokratie, den er in seinem philosophischen Hauptwerk *Das Unvernehmen* weiter vertiefte (vgl. Rancière 2010; 2002). Er versteht Postdemokratie als kritisch-zeitdiagnostisches Konzept, um den gegenwärtigen Zustand westlicher Demokratien in seiner Verfallstendenz zu umreißen. Seither hat der Begriff, vor allem auch dank Colin Crouchs *Postdemocrazia* von 2003, zunehmend Aufmerksamkeit erregt (vgl. Crouch 2008; Buchstein/Nullmeier 2006; Nohlen 2009). Er dient dazu, hinter der Fassade demokratischer Verfassungen und Institutionen auf das Fehlen wahrhaft demokratischer Politik aufmerksam zu machen. Entsprechend wird ‚Postdemokratie‘ im philosophischen und politikwissenschaftlichen Kontext fast ausnahmslos als Negativbegriff verwendet (vgl. Jörke 2005; 2010). Er legt gegenwärtige Demokratien als Scheindemokratien frei, die nur noch pro forma jenen Ansprüchen zu genügen vermögen, welche die Demokratie als moderne Herrschaftsform zu erfüllen hat. Wenn in einer so genannten demokratischen Staatsform die Versprechen von Gleichheit und Selbstbestimmung des Volkes uneingelöst bleiben, so Dirk Jörke, dann bleibt letztlich auch das Versprechen von Demokratie selber uneingelöst (vgl. Jörke 2005: 486). Ein zentraler Faktor für diese Aushöhlung demokratischer Prinzipien aber – darin sind sich alle Autorinnen und Autoren einig – ist die Macht der transnationalen Institutionen, die im Dienst einer globalen, neoliberal verfassten Ökonomie den Spielraum von nationalstaatlich organisierten demokratischen Partizipationsmöglichkeiten einengt, für sich instrumentalisiert oder ihnen gar den Boden entzieht (vgl. in diesem Sinn schon Habermas 1998).

Demokratie und Postdemokratie werden demnach als dichotomische Phänomene gefasst, deren Verhältnis jenem von Sein und Schein, Ideal und Wirklichkeit oder Ursprung und Verfall entspricht. Dieser dichotomische Gegensatz von Demokratie und Postdemokratie ist zwar argumentativ nachvollziehbar und auch in kritischer Absicht gewinnbringend und erkenntnisreich, dennoch bleibt er aus poststrukturalistischer und postmarxistischer Sicht unterbestimmt. Wie wir zeigen werden, genügt er nicht, um das kritische Potential des Begriffs der Postdemokratie in seiner ganzen Bedeutung zu entfalten. Dies ist erst möglich, wenn das historische Verfallsmoment, das im ‚Post‘ der Postdemokratie angezeigt wird, nicht nur als Resultat des antagonistischen Kräftespiels zwischen demokratischem Nationalstaat und transnationaler Ökonomie bestimmt wird, sondern auch als eine historische Entwicklung eines bestimmten Konzepts der Demokratie selber. Die Postdemokratie ist nicht nur das, was übrig bleibt, wenn das neoliberale Kapital über den demokratischen Nationalstaat den Sieg davongetragen hat, sondern auch das, was die westlich geprägte, liberal-repräsentative Demokratie im 20. Jahrhundert aus sich selbst ge-

macht hat. Es ist also wichtig, die starre systematische Dichotomie von Demokratie und Postdemokratie aufzubrechen und die moderne Demokratie als Konzept zu theoretisieren, dessen Verhältnis zu Gleichheit und Selbstgesetzgebung historisch und systematisch prekärer ist, als es in vielen Postdemokratie-Theorien nahe gelegt wird. Die Demokratie als Herrschaftsform ist immer schon Teil und Schauplatz von Machtkämpfen, die ihr nicht nur äußerlich sind.

Wir verstehen im Folgenden Postdemokratie als Begriff für eine gegenwärtige Praxis, in der *im Namen der Demokratie* demokratische Auseinandersetzungen um eine egalitäre Teilhabe an der Macht verunmöglicht werden. Diese Begriffsbestimmung stützt sich einerseits auf Jacques Rancières Verständnis von Postdemokratie als ‚konsensueller Demokratie‘, das aufzeigt, inwiefern sich zeitgenössische Demokratien dem politischen Streit verschließen (1), und sie nimmt andererseits auf Wendy Browns Analysen zur ‚Genealogie‘ der modernen Demokratie Bezug, die deutlich machen, inwiefern die gegenwärtigen westlichen Demokratien ihre eigene Aushöhlung durch liberale Wissens- und Subjektivierungsmächte vorantreiben (2). Beide Elemente zusammen geben dem Begriff der Postdemokratie erst seinen vollen kritischen Sinn: Er ist Ausdruck einer machtanalytisch und normativ an Gleichheit orientierten Demokratiekritik, die aus poststrukturalistischer und postmarxistischer Perspektive das Verständnis dessen, was Demokratie heißen kann und soll, verändert (3).

1. Rancière: Postdemokratie als ‚konsensuelle Demokratie‘

„Post-Demokratie“ bezeichnet, in der Definition von Jacques Rancière, ein „Paradox“ (Rancière 2002: 111). Gemeint ist das Paradox, das „unter dem Namen der Demokratie die konsensuelle Praxis der Auslöschung der Formen demokratischen Handelns geltend macht.“ (ebd.) Postdemokratische Verhältnisse entstehen demnach dann, wenn Demokratie im Namen der Demokratie zerstört wird. Diese Bestimmung hat bei Rancière sowohl eine systematisch-begriffliche wie eine zeitdiagnostisch-historische Komponente. In systematischer Hinsicht bezeichnet sie ein Konzept von Demokratie, das als „konsensuelle Demokratie“ (ebd.: 105) bestimmbar ist. Dieses Konzept der konsensuellen Demokratie steht nach Rancière am Ende einer langen Denktradition, in der die politische Philosophie und die Sozialwissenschaften Politik auf die „Bestimmung des Guten“ und die „Verwirklichung des Gemeinwohls“ (ebd.: 104) hin verpflichtet haben. Zeitdiagnostisch ist Rancières Definition der Postdemokratie insofern, als sie die Weise bezeichnet, wie moderne Demokratien dieses konsensuell zu erringende Allgemeinwohl unter den Bedingungen einer medialisierten und ökonomisierten politischen Öffentlichkeit organisieren. Dazu greifen sie primär auf Institutionen des Rechts und auf vielfältiges Expertenwissen als Steuerungsinstrumente zurück (vgl. ebd.: 122). Expertokratie, Verrechtlichung und die medialen Anrufungen der Volksmeinung wirken nach Rancière zusammen und bilden das politisch-gesellschaftliche Phänomen der Postdemokratie, deren primäres Ziel letztlich die effiziente und effektive „Verwaltung des Kapitals“ (ebd.: 123) ist. Die Praxis der Konsenserzeugung wirkt nach Rancière dem Prinzip der Demokratie entgegen, weil sie politische Auseinandersetzungen zu verhindern sucht. So führt die Umstellung von Wahlkampf auf Umfragen zu einem kampfflosen Führungsstil der jeweiligen Regierung sowie zur Suggestion bürgerlicher Einheitlichkeit. Über Rancières Beispiele hinaus lässt sich beschreiben, wie die Repräsentationslogik Meinungsgruppen unterläuft, die im Ge-

gensatz zu den finanzstarken Lobbyisten sich allein über kommunikative Macht organisieren und hierüber Auseinandersetzungen anzetteln oder mitgestalten (zur Bedeutung des kommunikativen Machtkreislaufs vgl. Habermas 1994: 399–468). Ebenso findet durch die Adressierung des Bürgers als ‚verantwortungsbewusster‘ Konsument eine Vermeidung von politischen Konfrontationen statt: Die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Ungleichheiten wird individualisiert und privatisiert (vgl. zu diesen Verschiebungen im Rahmen des deutschen Wohlfahrtsstaates Nonhoff 2008). Schließlich führt auch die Verrechtlichung der Politik dazu, dass Konflikte nicht mehr öffentlich verhandelt und ausgetragen, sondern durch Recht und Richter entschieden werden (vgl. zu dieser Kritik aus einer kantianischen Perspektive Maus 1994). Die Konsenserzeugung findet also durch verschiedene Praktiken der Vermeidung von öffentlichen, kollektiven politischen Auseinandersetzungen statt. Das konsensuelle System der Postdemokratie, so Rancière, ist die „Verbindung einer Herrschaft, die von der *Meinung* bestimmt ist, mit der Herrschaft, die vom *Recht* bestimmt ist“ (Rancière 2002: 112).

Das Präfix ‚Post‘ in Rancières Begriff der Postdemokratie verweist demnach nicht auf eine bloß äußere Begrenzung der Demokratie durch transnationale Unternehmen und Weltmarkt, sondern auf eine innere Verkehrung eines bestimmten Demokratie- und Politikverständnisses. In Postdemokratien werden die demokratischen Entscheidungsverfahren mittels Recht und Wissenschaft so organisiert, dass eine konsensuelle Willensbildung wahrscheinlich wird. Und gerade dadurch löschen sie demokratisches Handeln aus, weil sie die Herrschaft des *Volkes* mit Expertokratie und Management gleichsetzen.

Dieser unheilvollen historischen Entwicklung der konsensuellen Demokratie lässt sich nach Rancière dadurch begegnen, dass demokratisches Handeln von seinem Bezug zum Konsens und zur Repräsentation eines mit sich identischen Volkes gelöst wird. Das Gegenmodell zur Postdemokratie (das heißt zur konsensuellen Demokratie der Gegenwart) ist nach Rancière die radikaldemokratische Politik, die durch Dissens und Unvernehmen bestimmt ist. Demokratie im radikalen Sinn heißt Streit um die gleiche Teilhabe am Volk (vgl. Rancière 2002: 99 ff.; 109 f.; zur Definition des *demos* ebd.: 22). Gleichheit meint dabei nicht bloß die Um- und Neuverteilung der Regierungsmacht unter bestehenden Individuen und Gruppen, sondern die beständige Erweiterung der Gemeinschaft um neue politische Subjekte, die auf der politischen Bühne gehört und gesehen werden wollen und deren Interventionen darauf abzielen, die gesellschaftliche Ordnung der Sicht- und Hörbarkeit so zu verändern, dass ihre Teilhabe am Volk überhaupt denkbar wird. Gleichheit ist demnach kein Zustand, sondern der Prozess der politischen Subjektivierung selber, das heißt der Prozess, in dem vormals nicht gezählte Individuen ihre Teilhabe am *Demos* einfordern und dadurch die gesamte politische Denkordnung in Frage stellen. Einschlägig für diese Bewegung sind für Rancière die moderne Arbeiterbewegung, der Feminismus, die 68’er Revolten sowie die Politisierung und Sichtbarmachung der *Sans-Papiers* in einzelnen westlichen Industrienationen (vgl. Rancière 2009). Diese Emanzipationsbewegungen haben nicht nur einzelne Individuen und Gruppen politisch gestärkt, sondern auch das Verständnis gesellschaftlicher Vorstellungen über Staat, Familie oder Recht verändert. *Strittig* aber bleibt die dadurch erkämpfte Gleichheit deshalb, weil jede Neuordnung der Gesellschaft wiederum in Aufteilungen und Zählungen mündet, die neue Ungleichheiten schaffen. Jeder politische Aufbruch endet, in Rancières Terminologie, in Praktiken der ‚Polizei‘. Als Polizei bezeichnet er die Ordnung „des Sichtbaren und des Sagbaren, die dafür zuständig ist, dass diese Tätigkeit sichtbar ist und jene andere es nicht ist, dass dieses Wort als Rede verstanden wird, und jenes andere als Lärm.“ (Rancière

2002: 41) Der politische Streit ist also darum unabschließbar, weil sich jeder Aufbruch polizeilicher Zählweise sofort wieder in einer neuen Fixierung von Anteilen verfestigt. Der Streit um Gleichheit ist unendlich.

Für besonders wichtig an Rancières Bestimmung von Postdemokratie halten wir die systematische Verbindung, die er zwischen der Postdemokratie und einer konsensorientierten demokratischen Politik aufzeigt. Indem also die Praktiken einer gesteuerten Konsenserzeugung als Realisierung von Demokratie vermarktet werden, wird das radikal-demokratische Moment einer kollektiven politischen Auseinandersetzung um Gleichheit ver- oder zumindest behindert. Rancière wählt den Begriff der Postdemokratie für diese Systematik von Konsenserzeugung und Ungleichheit und gibt dem Begriff dadurch seine spezifische Konnotation, indem er Post-Demokratie von einer Anti-Demokratie unterscheidbar macht. Im Gegensatz zum Begriff der Antidemokratie, der eine der Demokratie feindliche Gegenmacht beschreibt, verweist der Begriff der Postdemokratie darauf, dass sich Demokratie gegen sich selber kehren kann, wenn sie versucht, den Streit um Gleichheit und den Abstand des Volkes von sich selbst als prinzipiell überwindbar und historisch überwunden darzustellen. Das Präfix ‚Post‘ beschreibt demnach eine historische und systematische Bewegung der immanenten Destruktion demokratischer Prinzipien.

Rancières Freilegung dieses Zusammenhangs ist dem Interesse an normativer Eindeutigkeit verpflichtet. Problematisch daran ist allerdings, dass er zwischen Politik und Polizei, das heißt zwischen radikaler Demokratie einerseits und Konsensdemokratie respektive Postdemokratie andererseits, eine scharfe Trennlinie zieht. Dadurch wird nicht nur sein Verständnis von radikaler Demokratie, sondern auch von Postdemokratie in analytischer und kritischer Hinsicht unterkomplex (wenn auch nicht unpolitisch oder gar postdemokratisch, wie Hirsch 2009 meint).

Analytisch unterkomplex ist Rancières Verständnis von radikaler Demokratie darum, weil er die revolutionäre Kraft demokratischer Politik, wie oben beschrieben, im Negativen belässt. Er konzentriert sich darauf, das Demokratische im Dissens und Einspruch gegen eine gegebene polizeiliche Ordnung zu orten. Es ist eine „singuläre Unterbrechung“ (Rancière 2002: 108), ohne dass klar wird, was dieser ihre Wirkmächtigkeit geben kann. So beschreibt er zwar die Wirkung radikal-demokratischer Politisierung als Versuch, die „Macht des Volks“ (ebd.: 99) zu erweitern. Zugleich aber hält er fest, dass Macht im Sinne institutioneller Herrschaft und disziplinärer Kontrolle immer auf der Seite der polizeilichen Ordnung steht (vgl. ebd.: 43). Auch wenn die Polizei nach Rancière in eine „schlechtere und bessere Polizei“ (ebd.: 42) unterscheidbar ist, so bleibt diese Unterscheidung doch für die Bestimmung der demokratischen Politik irrelevant. Das demokratische Moment, das heißt die Macht des Volkes, liegt nach Rancière einzig in der sprachlichen und ästhetischen Kraft, mit der eine gesellschaftliche Ordnung radikal neu *erfahrbar* gemacht wird (vgl. ebd.: 71). Dem entspricht, dass Rancière die Bedeutung einer handlungstheoretisch positiven, kollektiv gestaltenden Macht überhaupt aus seinem normativen Verständnis von Demokratie ausblendet, wie seine durchgängige Kritik an Hannah Arendts Politikverständnis deutlich macht (vgl. Rancière 2008; dazu Meyer 2011). Rancière deutet die revolutionäre politische Subjektivierung demnach als ein Ereignis, das in polizeiliche Strukturen einbricht, wobei dieser Bruch durch den historischen Kontext, in dem er erfolgt, nicht erklärbar ist und zum Verständnis desselben systematisch nichts beiträgt.

Tatsächlich lässt sich aber historisch zeigen, dass alle Emanzipationsbewegungen und revolutionären Brüche auf einer gesellschaftlich-politischen Konstellation beruhen, die

diese Ereignisse vorbereitet und ermöglicht – oder verunmöglicht. Dies lässt sich gut am Beispiel der politischen Subjektivierung der Frauen aufzeigen, das für Rancière ein Paradigma einer revolutionären Neuordnung darstellt. So ist Rancière einerseits zuzustimmen, dass die politische Subjektivierung der Frauen respektive die Formierung der Frau als politisches Subjekt vor allem in der Politik des Westens im 20. Jahrhundert eine radikale Neuordnung der gesellschaftlichen Strukturen impliziert, insofern sie die bestehende Aufteilung der Welt in privat und öffentlich respektive in Familie, Ökonomie und Politik in Frage stellt (und auch faktisch gestellt hat) (Rancière 2002: 53 f.). Allerdings ist diese Umstrukturierung der Geschlechterordnung historisch als ein komplexer Prozess beschreibbar, zu dem die Suffragetten-Bewegung anfangs des 20. Jahrhunderts genauso ihren Teil beigetragen hat wie die Kriegswirtschaft der beiden Weltkriege, die Frauen in Europa und Nordamerika neu subjektiviert haben, wie auch die Entstehung sozialistischer, nationalistischer und (anti-)kolonialistischer Diskurse, die der Herausbildung eines eigenständigen politischen Subjekts ‚Frau‘ sowohl positiv wie auch skeptisch gegenüber eingestellt waren (zu den komplexen Intersektionen der Subjektivierungsweisen ‚Frau‘ vgl. Purtschert/Meyer 2010; Kerner 2009). Dass die Frauen in Finnland 1906, in Deutschland 1918, in Frankreich 1945 und in der Schweiz 1971 das Stimmrecht erhielten, hat also sowohl mit dem ökonomischen und politischen System zu tun wie auch mit unterschiedlichen diskursiven Strategien, die revolutionäre Allianzen ermöglichten oder, wie im Fall der Schweiz, verunmöglichten. Dieses Beispiel zeigt, dass die politische Subjektivierung, die für Rancière am Anfang einer politischen Neuordnung steht, genauso gut auch als deren Ergebnis gedacht werden kann, insofern sie sich in wiederholten Auseinandersetzungen mit vorgegebenen Strukturen historisch herausbildet. Unter dieser Perspektive lassen sich an die radikaldemokratischen Aufbrüche und Neuformierungen des Politischen zusätzliche kritische Fragen stellen, die auf eben diese historischen Ermöglichungsbedingungen abzielen (vgl. auch Wöhl 2007). Welche historische Konstellation begünstigt, dass bestimmten Subjekten das Einfordern von Gleichheit in den Sinn kommt und anderen nicht? Und wie ist es möglich, dass die revolutionäre Erscheinung ‚des Volks‘ ästhetisch sichtbar und argumentativ verstehbar wird, wenn es nach Rancière doch die Polizei ist, die über die Sichtbarkeit und Hörbarkeit von Rede und Handlung entscheidet? Diese Fragen zu stellen, ist nicht nur für das Verständnis radikaler Demokratie, sondern auch für jenes der Postdemokratie wichtig.

Denn der analytischen Unterkomplexheit im Denken der radikaldemokratischen Subjektivierung entspricht auf der Gegenseite, dass auch die demokratische ‚Polizei‘ bei Rancière zu monolithisch gedacht bleibt. Das kratische Element, das den *Demos* zählt und verwaltet, bleibt undifferenziert, wenn es sich nur durch die Gegenstellung zur revolutionären Politik begreift. Demnach unterscheidet Rancière zwar zwischen einer sanften und einer gewalttätigen polizeilichen Ordnungsmacht, doch diese Unterscheidung bleibt ein Oberflächenphänomen, da er die Polizei in *jeder* ihrer Formationen als das ganz Andere der Demokratie und Politik bestimmt. So kann die Polizei nach Rancière „alle Arten guter Dinge verschaffen, und eine Polizei kann einer anderen unendlich vorzuziehen sein“, wie er am Beispiel der skythischen Praxis des Augenausstechens im Vergleich zum heutigen Überwachungsstaat klar macht, aber das „ändert nicht ihre Natur“ (Rancière 2002: 42). Diese radikale Dichotomie von Demokratie und Polizei führt zu einer Nivellierung der verschiedenen Arten der Konsensdemokratie, die der Erfassung des Phänomens der Postdemokratie abträglich ist und letztlich auch Rancières zeitdiagnostischen Intentionen entgegen steht. Tatsächlich ist doch der Begriff der Postdemokratie bei Rancière ge-

rade der Versuch, eine bestimmte Erscheinungsweise der demokratischen Polizei im Ausgang des 20. und beginnenden 21. Jahrhunderts näher zu charakterisieren und nach ihrem Abstand zur Demokratie zu bemessen. Weil es also auch für Rancière wichtig ist, sich über die historischen Spielarten der Konsensdemokratie bewusst zu sein, muss den vielfältigen Verbindungen zwischen politischer Subjektivierung und kratischer Verwaltung, das heißt zwischen Zäsur und Struktur, mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden, als er dies selber tut.

Für diese Aufgabe ist es hilfreich, auf Wendy Browns Analysen der gegenwärtigen Demokratien und ihrer Entdemokratisierungstendenzen zurückzugreifen. Auch wenn sie selber den Terminus Postdemokratie nicht gebraucht, formuliert sie durch den Einbezug der Frage nach der Genealogie der Demokratie eine Theorie der Postdemokratie, in der den Entstehungsbedingungen der Subjektivierung besonderes Gewicht beigemessen wird. Der Prozess der politischen Subjektivierung, der bei Rancière einseitig als Emergenz einer radikaldemokratischen Gleichheitsforderung erscheint, lässt sich mit Brown als ambivalente Bewegung fassen, die zwischen Politik und Polizei gleichermaßen zu verorten ist und den starren Gegensatz von radikaler Demokratie und Postdemokratie ins Wanken bringt.

2. Brown: Über die Subjektivierungsmächte der Demokratie

In ihrem 2009 erstmals auf Französisch erschienenen Aufsatz *Nous sommes tous démocrates à présent* geht Wendy Brown zwei gegenwärtigen Entwicklungen nach, die den Umgang mit dem Begriff der Demokratie betreffen. Zum einen stellt sie fest, dass nach dem Ende des Kalten Krieges Politikerinnen und Politiker neoliberaler wie sozialistischer, dogmatischer wie extremistischer Couleur, aber auch Intellektuelle und kritische Denkende sich gleichermaßen auf Demokratie berufen: „Berlusconi und Bush, Derrida und Balibar, italienische Kommunisten und Hamas – wir sind heute alle Demokraten“ (Brown 2009: 60; Übersetzung ins Deutsche im Folgenden durch uns, DC/KM). Zum anderen listet sie sechs Punkte der ‚De-démocratisation‘ auf, die zurzeit in den liberalen Demokratien stattfindet, während diese Demokratien an ihrer Selbstzuschreibung als demokratische Regierungs- und Staatsform festhalten. Zu diesen Punkten zählen: das Abhängen der Unterschicht durch sozioökonomische Machtverhältnisse, die Vermarktung der demokratischen Wahl, die Privatisierung der Staatsaufgaben, die Verrechtlichung politischer Konflikte, die Entstaatlichung durch Globalisierung und die Verselbständigung der Exekutiven durch die Anti-Terrorgesetze.

Während sich die Analyse der Entdemokratisierung mit der Zeitdiagnose von Jörke, Crouch und Rancière deckt, unterscheidet sich Brown von ihnen in der Wahrnehmung der globalen Ausweitung des Demokratiebezugs, der Regimes und Regierungen unterschiedlichster sozio-politischer Ordnungen umfasst. Sie stellt diese Phänomene allerdings unvermittelt nebeneinander und deutet den Zusammenhang zwischen der hegemonialen Stellung der Demokratie im politischen Diskurs und der gleichzeitigen Aushöhlung des Begriffs nur an. Dadurch, dass dieser Zusammenhang – nämlich die Inanspruchnahme des Begriffs der Demokratie bei gleichzeitiger Entdemokratisierung – von Brown nicht weiter verfolgt wird, bleibt sie auf den ersten Blick eine Theoretikerin der Postdemokratie im gängigen Sinne, also der rein zeitdiagnostischen Auffassung des Präfixes ‚Post‘ als Beschreibung aktueller antidemokratischer Machtverhältnisse. Demnach erscheint ihre

Analyse der Entdemokratisierung zunächst als eine einfache Gegenüberstellung dieser Phänomene mit dem Konzept der liberalen Demokratie. Es könnte sich damit lediglich um eine zeitdiagnostische Anwendung einer Theorie der Entdemokratisierung handeln, die ihren Maßstab aus der Betrachtung der historischen Form der liberalen Demokratie ableitet.

Doch Brown dringt mit ihrer Untersuchung zu den Ursachen der Entdemokratisierungstendenzen in das liberale Demokratieverständnis selbst vor und deckt dabei auf, wie sehr das Ausblenden bestimmter Mächte in der liberalen Demokratietheorie dazu beigetragen hat, die entdemokratisierenden Prozesse der Spätmoderne zu verkennen. Brown zielt dabei einerseits auf den Zusammenhang von liberalem Freiheitsverständnis und dem Niedergang der historisch verwirklichten, liberalen Demokratie ab und entwickelt andererseits ein komplexeres Verständnis von kollektiver Selbstgesetzgebung. Den Ausgangspunkt für beides bildet die poststrukturalistische Perspektive auf die Konstitutionsbedingungen von Subjekt und Gesellschaft, die Brown in einen genealogischen, machtanalytischen Zusammenhang stellt.

Brown versteht im Foucault'schen Sinn die Subjektivierungsmächte als jeweilige historische Formierung von Macht, welche ubiquitär und produktiv gedacht wird. Staat, Gesellschaft, Familie, Markt, Kultur sind verschiedene Phänomenbereiche, Sphären und diskursive Räume, die an der Subjektivierung beteiligt sind. Der Vorgang der Subjektivierung wiederum prädisponiert die Bürger und Bürgerinnen, so dass sich auf demokratietheoretischer Ebene zwei Konsequenzen ergeben: Zum einen muss der Demokratiebegriff in die Fabriken der Macht hineinreichen, muss zu „Kontrolle und Verständnis der multiplen Mächte [führen], die uns als Subjekte konstruieren, die die Normen produzieren, durch die hindurch wir die Realität wahrnehmen und das Gute und Schlechte beurteilen und die uns die Auswahl präsentieren, wenn wir wählen und selbst wenn wir Gesetze erlassen“ (Brown 2009: 69) und zum anderen muss er die Inanspruchnahme eines idealistischen Freiheitsbegriffs aufgeben. Die Einsicht in die Subjektivierungsmächte „ruiniert den liberalen Begriff der Selbstgesetzgebung durch Wahl und allgemeine Zustimmung.“ (ebd.: 70) Die liberale Reduktion der Freiheit auf die freie Wahl blendet den gesamten Vorgang der Subjektivierung aus und verhindert somit auch die politische, kollektive Einflussnahme auf die Subjektivierungsmächte. In diesem Licht betrachtet, zeigt sich die Subjektivierungsform des Neoliberalismus als eine aktive Verhinderung starker Formen der Selbstgesetzgebung: gestützt auf das Paradigma der Wahlrationalität wird bürgerliche Teilhabe mit Konsum, die Wahl der Zahnpasta mit jener der Partei gleichgesetzt und diese Wahl als Freiheit deklariert, ohne die Frage nach den Produktionsbedingungen des einen wie des anderen in den Blick kommen zu lassen. So wie die mögliche Mitgestaltung der Subjektivierung der Bürgerschaft aus dem Freiheitsverständnis des Liberalismus hinausfällt, so geht auch die kollektive Einflussnahme auf die zur Wahl stehenden Optionen verloren.

Um diesen Verzerrungen zu entgehen, plädiert Brown dafür, Demokratie als ein bewegliches, kontinuierliches, politisches Projekt zu sehen, das darauf abzielt „seine Anhänger(innen) für den Kampf um Teilhabe an jenen Mächten zu verpflichten, die sie fabrizieren, ordnen und regieren“ (ebd.), ohne jemals dieses Ziel wirklich erreichen zu können. Denn ein Erreichen einer dauerhaften Teilhabe an diesen Mächten würde zunächst in einer (progressiven) Institutionalisierung münden, die sich jedoch qua Institution der kollektiven Kontrolle und Teilhabe wieder zu entziehen sucht. Wendy Brown teilt hier also mit Jacques Rancière die Einsicht, dass Demokratie ein unendliches Projekt ist. Ihre ge-

nealogische Perspektive fokussiert den Prozess der Subjektivierungen, der in das Projekt der kollektiven Selbstgesetzgebung einzubeziehen ist (ebd.: 69).

Wenn man unter Genealogie „im weiten Sinn das Programm der historisierenden und machtanalytischen Relativierung und Kritik gegenwärtiger Selbstverständnisse und Selbstverhältnisse [versteht]“ (Saar 2007: 293), dann fällt auch Browns Analyse der liberalen Demokratie in das genealogische Programm, weil es sich hier um den Nachweis einer *Herkunft* handelt, die den gegenwärtigen Zustand als Resultat einer kontingenten und zugleich machtbedingten Entwicklungslogik beschreibt und damit erst ihrer Infragestellung zugänglich macht. So ist es Sinn und Zweck der genealogischen Methode, gemäß Brown, die „Unvermeidbarkeit, Natürlichkeit und Schicksalhaftigkeit einer Zeit oder eines Dings“ (Brown 2001: 128) zu dekonstruieren und die Machtprozesse der Gegenwart zu enthüllen, die diese Konstellationen aufrechterhalten.

In diesem Sinn stellt Brown mit Blick auf die Formierung des marktliberalen Subjekts die fundamentale Frage, ob und wie weit die konsumorientierten, materiell saturierten, in individuellen Lebensläufen denkenden Bürgerinnen und Bürger der marktliberalen Demokratie überhaupt noch die politische Freiheit im Sinne der kollektiven Selbstgesetzgebung *wollen* können. Ist ihr Wollen, das heißt die Begehrensstruktur nicht bereits so weit vermarktet, dass alle Ansprüche auf Machtteilhabe entpolitisiert werden? Das kapitalistisch restringierte Verständnis von Freiheit, Selbstbestimmung und Autonomie ist darum für die liberale Demokratie selbst-destruktiv, weil es sich mit offen illiberalen Rationalitäten bestens verträgt. So können autoritäre Regimes eingesetzt werden, um die Freiheiten des Marktes und die Autonomie von Eigentümerinnen und Eigentümern zu sichern und zu verteidigen. Unter dem Titel *American Nightmare* analysiert Brown in diesem Sinn, wie sich in den USA der Bush-Ära neoliberale und neokonservative Politikvorstellungen trotz scheinbarer ideologischer Gegensätze zu einem Muster der ‚De-Democratization‘ verbinden konnten (vgl. Brown 2006). Die spezifische Kombination von liberal-demokratischen und anti-demokratischen Impulsen, die sich wechselseitig verstärken, kann man als postdemokratisch bezeichnen, weil die Entwicklungslogik der ‚De-Democratization‘ auf einer bestimmten, historisch kontingenten Form der liberalen Demokratie aufruft. Diese lässt sich nicht nur, wie Brown festhält, mit den Entwicklungen der kapitalistischen Ökonomie erklären, sondern ist auch mit rassistischen und imperialistischen Praktiken verflochten.

Aus dieser genealogisch-poststrukturalistischen Perspektive lässt sich eine Neubestimmung des Begriffs der Postdemokratie mit Brown, wenn auch nicht in ihren eigenen Worten, vornehmen. Der Begriff der Postdemokratie beschreibt demnach ein historisch kontingentes Machtfeld, in dem die politischen Subjekte im Namen der Demokratie so formiert werden, dass sie Demokratie als politische Selbstgesetzgebung nicht mehr wollen.

Ausgehend von dieser Beschreibung werden wir zum Schluss zeigen, wie der Begriff Postdemokratie zu fassen ist, damit er einerseits als analytischer Begriff taugt, um die immanenten Probleme der liberalen Demokratie zu bezeichnen, andererseits aber das normativ kritische Potential des radikalen Demokratiebegriffs nicht preisgibt.

3. Zwischen Gleichheitsforderung und Machtanalyse: Postdemokratie als analytischer Begriff der Demokratiekritik

Wenn man die Demokratieauffassung Rancières als politischen Streit um Gleichheit begreift und mit Browns Bestimmung der Demokratie als Teilhabe an den Subjektivierungsmächten ergänzt, dann ergibt sich für den normativen Begriff von Demokratie eine Verbindung von Demos als jene, die Gleichheit fordern, und Kratie als kollektive Teilhabe an den Subjektivierungsmächten. Damit wird Rancières Bestimmung der Demokratie als Streit auf das kratische Moment ausgeweitet, da sich die Gleichheit des Kollektivs im Kontext jener Subjektivierungsmächte abspielt, deren Demokratisierung Brown fordert. Mit Browns Fokussierung der Subjektivierungsmächte kann der Dissens beziehungsweise die Forderung nach gleicher Teilhabe somit in jene Bereiche vordringen, die Rancière als Polizei der Demokratisierung entzieht. Und umgekehrt kann mit Rancières Bestimmung der Gleichheitsforderung als emanzipatorischer Kraft des demokratischen Prinzips die Brown'sche Analyse der politischen Subjektivierungsmächte normativ ausgerichtet werden. Der Gleichheitsbegriff gibt der Forderung nach kollektiver Teilhabe an den Subjektivierungsmächten ein Kriterium, mittels dessen sich die Demokratisierung messen lässt. Die Verbindung von Gleichheit und Subjektivierungsmacht spannt so das Begriffsfeld auf, in dem sich sowohl Demokratie wie Postdemokratie verorten lassen und neue Frageperspektiven eröffnen. Was heißt die Forderung nach Gleichheit im Modus der Kratie? Was heißt es, Gleichheit zu fordern angesichts der Unhintergebarkeit historisch kontingenter Subjektivierungsmächte? Während Rancière die Gleichheitsforderung global an den Demos richtet, stellt sich im Anschluss an Brown die Frage, ob es sich um die Gleichheit in Bezug auf die Unterwerfung unter die Subjektivierungsmächte handelt oder um die Gleichheit der produktiven Effekte dieser Unterwerfung, das heißt um die Gleichheit subjektiver Handlungsfähigkeit (zur Ambivalenz der Subjektivierung als assujettissement vgl. Butler 2001). Neben der Frage, welche Gleichheit gemeint ist, ist auch zu klären, wie das Verhältnis von Gleichheit als emanzipatorischer Kraft und Gleichheit als polizeilich hergestellter und fixierter Ordnung zu verstehen ist. Und entscheidend ist schließlich die methodologische Frage, wie die Normativität der Gleichheitsidee selber zu fassen ist: Ist sie diejenige Idee, die alle empirischen Verhältnisse transzendiert, oder bleibt sie als Teil historischer Diskurse in der Immanenz gesellschaftlicher Verhältnisse (vgl. zu diesem Spannungsfeld von Gesellschaftskritik Celikates 2009)?

Aus machttheoretischer Perspektive wird durch die Verbindung von Gleichheit und Subjektivierungsmacht deutlich, inwiefern die Kategorie des Demos eine ambivalente Figur ist. Der Demos ist, wie Rancière vorschlägt, der Name für etwas Drittes zwischen der Polizei und dem Volk, das heißt der Name für eine Gleichheit, die nie mit einer empirischen Gemeinschaft oder einem symbolisch repräsentierten Volk identisch sein kann (vgl. Rancière 2002: 21). Damit diese Gleichheit aber als mobilisierende Kraft, das heißt als eine politische Macht wirken kann, muss sie sich die symbolische Gestalt eines Kollektivs geben können. So bleibt sie systematisch auf gesellschaftliche und diskursive Strukturen bezogen, die sowohl für ihre Formation wie Deformation als Kollektiv verantwortlich sind. Der Demos ist darum nicht nur der Name für die Gleichheit der Anteilslosen, sondern auch für die Macht des Volkes, die sich auf ihre eigene Selbstformation bezieht. Der Demos ist ohne Bezug zu einem Volk oder Kollektiv nicht denkbar, weil er nur innerhalb dieses als demokratisch emanzipatorische Kraft wirken kann. Damit aber ver-

strickt sich das politische Subjekt der Gleichheit, das heißt gemäß Rancière, der Demos, mit jenen Strukturen kollektiver Institutionalisierung, die der Demos nach Rancière zu bekämpfen sucht.

Wenn man diesen anspruchsvollen Begriff der Demokratie akzeptiert, wonach Demokratie der Streit um Gleichheit und Selbstbestimmung eines Volkes ist, das *in* den Strukturen *gegen* die Strukturen der Subjektivierungsmächte kämpfen muss, das heißt eines Volkes, das als politische Gemeinschaft doppelt subjektiviert wird, einmal als Unterworfenes und einmal als Befähigtes, dann wird auch der Begriff der Postdemokratie entsprechend komplexer. In diesem Licht betrachtet beschreibt Postdemokratie nicht nur, wie eine auf Konsens ausgerichtete Politik den Streit um Gleichheit verunmöglicht (wie Rancière zeigt), und nicht nur, wie liberale Subjektivierungsmächte eine Form von Wahlfreiheit konstituieren, die die Demokratie politisch aushöhlt (wie Brown zeigt), sondern Postdemokratie beschreibt auch, wie die Ambivalenz der demokratischen Prozesse im Namen der Demokratie auf eine Seite hin vereindeutigt wird. Postdemokratisch ist also sowohl die Zerstörung der mobilisierenden Kraft der Gleichheit wie auch die Verabsolutierung dieser Gleichheitsidee im Namen eines historisch kontingenten Volkes.

Ersteres tritt ein, wenn der Hinweis auf die Verstricktheit des Volkes mit unfreien Strukturen ideologisch und symbolisch so ausgeschlachtet wird, dass sich der Wille zur demokratischen Partizipation und Selbstbestimmung vor jedem revolutionären Aufschwung immer schon selber lähmt und in Frage stellt. Die Desavouierung von Klassenkampf, ökonomischer Gleichheit und politischer Gleichstellung kann im Gestus einer Desillusionierung erfolgen, wonach die gesellschaftlichen Verhältnisse doch komplizierter sind, als die Unterscheidung zwischen Täter und Opfer, Oben und Unten, Machtlosen und Herrschenden nahe legt. In diesem Fall wird die radikale Gleichheitsforderung im Namen eines so genannt ‚realistischen‘ Demokratieverständnisses diskursiv abgelehnt.

Postdemokratisch ist aber auch, wenn die mobilisierende Kraft der Gleichheit diskursiv nicht unterlaufen, sondern im Gegenteil verabsolutiert wird. Wenn sich also ein politischer Körper als in sich homogen und gleich verabsolutiert und die Ambivalenz seiner Subjektivierung ausklammert. Dazu gehört der Anspruch, die Logik der Selbstgesetzgebung sei systematisch von allen institutionellen Regeln abzulösen, die dieser Selbstgesetzgebung im Sinne von Völkerrecht, Verfassungsgerichtsbarkeit und internationalen Menschenrechtskonventionen Grenzen auferlegt. In diesem Fall wird die Gleichheit als Resultat von Subjektivierungsmächten ausgeblendet und insofern auch die Forderung an gleicher Teilhabe an den Subjektivierungsmächten verunmöglicht. Der Demos erscheint als ontologische Entität von gleich Seienden und nicht als ständig durch ökonomische, rassistische, imperialistische und sexistische Machtverhältnisse geformtes und formbares Kollektiv.

Postdemokratie beschreibt also jede gegenwärtige Praxis, in der im Namen der Demokratie demokratische Auseinandersetzungen verunmöglicht werden und in der suggeriert wird, diese Auseinandersetzungen seien entweder unnötig oder unmöglich. Mit dieser Ausweitung der Begriffsbestimmung ist es möglich, neue Allianzen zu erkennen, die an den gegenwärtigen Verhältnissen mitwirken. Dies sind nicht nur, wie Brown erkennt, jene zwischen neoliberaler Staatskritik und illiberaler Staatsgläubigkeit, zwischen der Verwaltung des Kapitals und dem Bewahren konservativer Familienwerte, sondern auch jene Stimmen in einer medialisierten und kritischen Öffentlichkeit, die die Bevölkerung ständig um ihre Meinung fragen und zugleich suggerieren, dass jede und jeder Einzelne völlig machtlos sei und dass ein revolutionärer, oder auch nur reformerischer, aber in jedem Fall kollektiver Widerstand nur noch als Politnostalgie betrachtet werden kann. So

wird – zumindest in Deutschland und der Schweiz – selbst nach der bisher schwerwiegendsten globalen Wirtschaftskrise die derzeitige Form des Kapitalismus nicht ernsthaft in Frage gestellt, obwohl die Kosten für die Sanierung der verschiedenen Privatbanken von den jeweiligen Kollektiven über Jahrzehnte zu zahlen sein werden.

Postdemokratisch ist der *double-bind* eines scheinbar selbstaufgeklärten Volkes, das die Demokratie dank demokratischer Presse als wertlos und sich selbst als machtlos erlebt. Postdemokratisch ist es, zu suggerieren, dass die Freiheit der Individuen immer schon realisiert sei, und zugleich nicht zu verhehlen, dass die Wahlfreiheit, die die gegenwärtige Demokratie anbietet, letztlich wertlos ist. Dagegen steht ein Verständnis von Demokratie, das im Gegenteil die Auseinandersetzungen um Gleichheit und Macht darum für konstitutiv und unabgeschlossen hält, weil Demokratie in der Verbindung von Demos und Kratie sich selber eine widersprüchliche Aufgabe stellt.

Mit diesem aus einer poststrukturalistischen und postmarxistischen Perspektive gewonnenen Verständnis der Postdemokratie kann sowohl die machtkritische Analyse der liberalen, kapitalistischen Demokratie vorangetrieben wie auch die normative Forderung nach Gleichheit verteidigt werden. Auch wenn die Spannung zwischen dem normativen Anspruch auf gleiche Teilhabe an den Subjektivierungsmächten und der Analyse der Subjektivierungsmächte ständig wiederholt werden muss, um nicht auf die Einseitigkeit einer einfachen Gleichheitsforderung oder einer orientierungslosen Hyperkomplexität zu verfallen, so bietet diese Art der Demokratiekritik Denk- und Handlungsmöglichkeiten, die dem Projekt einer radikalen Demokratie und einer radikalen Aufklärung näher stehen als jene Kritik, die Postdemokratie bloß zeitdiagnostisch als Verfall eines liberalen Demokratiemodells deutet, das durch externe Kräfte ihres normativen Kerns beraubt wird.

Literatur

- Angermüller, Johannes, 2007: Nach dem Strukturalismus. Theoriediskurs und intellektuelles Feld in Frankreich, Bielefeld.
- Buchstein, Hubertus / Nullmeier, Frank, 2006: Einleitung: Die Postdemokratie-Debatte. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 19, 16–22.
- Brown, Wendy, 2001: *Politics out of History*, Princeton.
- Brown, Wendy, 2006: American Nightmare. Neoliberalism, Neoconservatism, and De-Democratization. In: *Political Theory* 34, 690–714.
- Brown, Wendy, 2009: Nous sommes tous démocrates à présent... In: *Démocratie, dans quel état?*, Paris, 59–75.
- Butler, Judith, 2001: *Psyche der Macht. Das Subjekt der Unterwerfung*, Frankfurt (Main).
- Celikates, Robin, 2009: *Kritik als soziale Praxis. Gesellschaftliche Selbstverständigung und kritische Theorie*, Frankfurt (Main).
- Crouch, Colin, 2003: *Postdemocrazia*, Roma-Bari.
- Crouch, Colin, 2008: *Postdemokratie*, Frankfurt (Main).
- Frankfurter Arbeitskreis für politische Theorie und Philosophie, 2004 (Hg.): *Autonomie und Heteronomie der Politik. Politisches Denken zwischen Post-Marxismus und Poststrukturalismus*, Bielefeld.
- Habermas, Jürgen, 1998: *Die postnationale Konstellation. Politische Essays*, Frankfurt (Main).
- Habermas, Jürgen, 1994: *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, vierte, durchges. und erw. Aufl., Frankfurt (Main).
- Hirsch, Michael, 2009: Libertäre Demokratie im neoliberalen Staat. Die Begriffe Staat, Politik, Demokratie und Recht im Poststrukturalismus und Postmarxismus der Gegenwart. In: Michael Hirsch / Rüdiger Voigt (Hg.), *Der Staat in der Postdemokratie. Staat, Politik, Demokratie und Recht im neuen französischen Denken*, Stuttgart, 191–226.

- Jörke, Dirk, 2005: Auf dem Weg zur Postdemokratie. In: *Leviathan* 33, 482–491.
- Jörke, Dirk, 2010: Was kommt nach der Postdemokratie? In: *Vorgänge* 190, 17–25.
- Kerner, Ina, 2009: *Differenzen und Macht. Zur Anatomie von Rassismus und Sexismus*, Frankfurt (Main) / New York.
- Maus, Ingeborg, 1994: *Zur Aufklärung der Demokratietheorie. Rechts- und demokratietheoretische Überlegungen im Anschluß an Kant*, Frankfurt (Main).
- Meyer, Katrin, 2011: Kritik der Postdemokratie. Rancière und Arendt über die Paradoxien von Macht und Gleichheit. In: *Leviathan* 39, 21–38.
- Nohlen, Dieter, 2009: Postdemokratie. In: *Lexikon der Politikwissenschaft. Band 2*, München, 833–834.
- Nonhoff, Martin 2008: Die ökonomische Bedrohung politischer Selbstbestimmung. Zum Verhältnis von Demokratie und Wohlfahrtsstaat, in: Brodocz, André / Marcus Llanque / Gary S. Schaal (Hg.), *Bedrohungen der Demokratie*, Wiesbaden, S. 287–308.
- Purtschert, Patricia / Meyer, Katrin, 2010: Die Macht der Kategorien. Kritische Überlegungen zur Intersektionalität. In: *Feministische Studien* 1, 130–142.
- Rancière, Jacques, 2002: *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*, Frankfurt (Main).
- Rancière, Jacques, 2008: *Zehn Thesen zur Politik*, Zürich.
- Rancière, Jacques, 2009: *Insistances démocratiques: entretien avec Miguel Abensour, Jean-Luc Nancy & Jacques Rancière*. In: *Chantier* 48, 8–17.
- Rancière, Jacques, 2010: Demokratie und Postdemokratie. In: Alain Badiou / Jaques Rancière, *Politik der Wahrheit. 2. durchges. Auflage*, Wien / Berlin, 119–156.
- Saar, Martin, 2007: *Genealogie als Kritik*, Frankfurt (Main).
- Wöhl, Stefanie, 2007: Die Subjekte der radikalen Demokratie: Institutionalisierte Differenzen und Barrieren gegenhegemonialer Artikulation. In: Martin Nonhoff (Hg.), *Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe*, Bielefeld, 139–158.